BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag der Freien Hansestadt Bremen
Haus der Bürgerschaft | Am Markt 20 | 28195 Bremen

Landtag
21. Wahlperiode

Drucksache 21/2028

23. September 2026

Antrag der Fraktion der FDP

Mehr Mediziner für Bremen und Bremerhaven – Kooperationen in Aus- und Weiterbildung konsequent ausbauen

Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung gehört zu den zentralen gesundheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Für das Land Bremen kommt dabei erschwerend hinzu, dass seine Ärzteschaft im bundesweiten Vergleich als überdurchschnittlich alt gilt und viele Mediziner bereits in den kommenden Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden werden. Umso wichtiger sind deshalb zusätzliche Anstrengungen, um junge Ärztinnen und Ärzte für Bremen und Bremerhaven zu gewinnen und langfristig zu binden.
Der Aufbau eines eigenen Medizinstudiengangs mit einer medizinischen Fakultät und den hierfür erforderlichen Strukturen wäre nicht nur mit erheblichen Investitionen und hohen Folgekosten verbunden, sondern mit einem mehrjährigen Aufbauprozess, bevor überhaupt eigene Studienplatzkapazitäten zur Verfügung stünden. Angesichts der Haushaltslage erscheint ein solcher Aufbau derzeit nicht realistisch. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass der Senat die vorhandenen Möglichkeiten und Ressourcen nutzt, um zusätzliche Kapazitäten in der ärztlichen Aus- und Weiterbildung zu schaffen.
Auf die bereits geführten Gespräche und Prüfungen zu möglichen Kooperationsmodellen in der Medizinerausbildung ist aufzubauen, wobei anders als in der Vergangenheit die Ressortzuständigkeit zukünftig klar zu regeln ist und eine Beteiligung Bremerhavens zu erfolgen hat, um doch noch weitere Kapazitäten für das Land Bremen zu realisieren.

Dass solche Kooperationen funktionieren, zeigen bestehende Strukturen: So arbeitet das Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide seit Jahrzehnten als Akademisches Lehrkrankenhaus mit der Universitätsmedizin Göttingen zusammen, ebenso wie das Klinikum Bremen-Mitte. Auch andere Krankenhäuser, wie die Klinika Bremen-Nord, Bremen-Ost und Links der Weser als Lehrkrankenhäuser der Universitätsmedizin Hamburg oder das Rotes Kreuz Krankenhaus als Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover, wie auch der ambulante Bereich sind bereits erfolgreich in die Ausbildung von Medizinstudierenden eingebunden. Diese Erfahrungen und Strukturen gilt es zu nutzen und weiterzuentwickeln. Neben dem Ausbau bestehender Kooperationen kommen weitere Partnerschaften in Betracht. Insbesondere die Universitätsmedizin Oldenburg mit ihrem regional und kooperativ ausgerichteten Modellstudiengang Humanmedizin bietet einen möglichen Anknüpfungspunkt. Auch weitere medizinische Fakultäten und Hochschulen im norddeutschen Raum sollten in eine ergebnisoffene Prüfung einbezogen werden.
Ziel muss sein, zusätzliche Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen und gleichzeitig einen möglichst großen Teil der praktischen und klinischen Ausbildung im Land

Vorläufige, unredigierte Fassung – Parlamentsdokumentation der Bremischen Bürgerschaft

stattfinden zu lassen. Wer bereits während des Studiums die Krankenhäuser, Arztpraxen und das Leben in Bremen und Bremerhaven kennenlernt, kann auch leichter für eine spätere ärztliche Tätigkeit im Land Bremen gewonnen werden.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. darzulegen,
   a. in welchem Umfang zusätzliche klinische Ausbildungsabschnitte, Praktika, Famulaturen und Plätze für das Praktische Jahr in Krankenhäusern sowie geeigneten ambulanten Einrichtungen und Arztpraxen im Land Bremen geschaffen werden können, ohne bestehende Kooperationen und Lehrkrankenhausstrukturen zu beeinträchtigen.
   b. welche finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen hierfür erforderlich sind.
2. zum Ausbau der ärztlichen Studien- und Ausbildungskapazitäten im Land Bremen
   a. gemeinsam mit den Lehrkrankenhäusern, der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen und der Ärztekammer Bremen zu prüfen, welche zusätzlichen Anreize und Unterstützungsangebote geschaffen werden können, damit Medizinstudierende Bremen und Bremerhaven gezielt als Ausbildungsstandorte anwählen.
   b. mit den Lehrkrankenhäusern, dem niedergelassenen Bereich und den Hochschulpartnern Gespräche über einen Ausbau der bestehenden Kooperationen und zur Schaffung zusätzlicher Studien- und Ausbildungskapazitäten zu führen.
   c. Gespräche mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und anderen geeigneten medizinischen Fakultäten sowie den zuständigen Trägern aufzunehmen, um weitere Kooperationen einzugehen und zusätzliche Studien- und Ausbildungskapazitäten mit einem besonderen Bezug zum Land Bremen zu schaffen.
   d. die Erkenntnisse aus den seit 2019 erfolgten Gesprächen und Prüfungen darzulegen und unter einer vom Senat festzulegenden Federführung gemeinsam mit dem Gesundheits- und Wissenschaftsressort sowie unter Einbeziehung der Stadt Bremerhaven weiterzuentwickeln und eine konkrete Umsetzungs- und Finanzierungsperspektive vorzulegen.
3. gemeinsam mit den Lehrkrankenhäusern, der Ärztekammer Bremen und der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen Maßnahmen zu entwickeln, um die im Rahmen der Kooperationen ausgebildeten Mediziner für eine ärztliche Tätigkeit im Land Bremen zu gewinnen und dazu ein Konzept zu entwickeln,
   a. wie Mentoring, Karriereplanung, Niederlassungsberatung und Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern bereits im Praktischen Jahr genutzt werden können.
   b. um den Übergang vom Praktischen Jahr in die Facharztweiterbildung mit systematischer Bindung an das Land Bremen zu gestalten.

Vorläufige, unredigierte Fassung – Parlamentsdokumentation der Bremischen Bürgerschaft

4. bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen und Kooperationsmodellen die Kassenärztliche Vereinigung Bremen, die Ärztekammer Bremen, die Bremer Kliniken sowie betroffene ambulante Leistungserbringer einzubeziehen.
5. der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz sowie der staatlichen Deputation für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung binnen sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP

Anlage(n):

- keine

Vorläufige, unredigierte Fassung – Parlamentsdokumentation der Bremischen Bürgerschaft